

## Wien. Städtisches.

### Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Vormittags-Sitzung vom 4. Juni. Um die Stimmung, und die Wünsche der Arbeiter zu erfahren, wird beschlossen, die beaufsichtigenden Herren Techniker anzugehen, deshalb von Zeit zu Zeit dem Ausschusse Bericht zu geben. Um aber den Ausschuss mit den Kompagnien in Rapport zu bringen, wird beschlossen, jeden Abend ein Resumé der gefassten Beschlüsse lithographiren, und je 20 Exemplare an eine Kompagnie vertheilen zu lassen. Um aber auch das Volk von den Verhandlungen des Ausschusses in Kenntniß zu setzen, sollen die Verhandlungen stenographirt und zu ihrer Redaction eine Commission ernannt werden. Die Mittel dazu sollen von der Regierung erbeten werden.

Die Antwort des Justizministers, bezüglich der Bitte des Ausschusses auch andere politische Vergehen von der Pressjury beurtheilen zu lassen, geht dahin, daß eben ein Gesetzentwurf für Strafvergehen, basirt auf Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Geschworenengericht ausgearbeitet und zur Bestätigung Sr. Majestät unterbreitet werde. Von der Deputation nach Innsbruck schreibt Herr Caneva, daß er die Stimmung für Wien unterwegs sehr günstig gefunden habe, daß aber die Wenigsten die Proclamation des Kaisers vom 18. Mai kennen, und daß es dringend noth thäte, diese gedruckt dort zu vertheilen. Sie war den Meisten ganz neu. Ferner daß eine Deputation des Bauernstandes von Linz nach Wien abgehe, daß nur sehr wenige gegen den Erlass vom 16. Mai protestiren und dieses nur solche seien, denen es im eigenen Interesse nicht mündet, daß man aber die Form, wie jene darin enthaltenen Concessionen erlangt werden, table, und daß man es als dringend nothwendig erachte, auf einen baldigen Reichstag zu bringen. Das Vorparlament in Linz kommt nicht zu Stande. Es hat in Kärnten und Obersteiermark keinen Anklang gefunden. Die Stände in Graz antworteten auf die telegraphische Anfrage, ob sie sich der Deputation nach Innsbruck anzuschließen wünschten, daß sie es wohl einsehen, wie das Wohl der ganzen Monarchie von der Anwesenheit Sr. Majestät in Wien abhängt, daß sie aber sich nicht einmengen könnten, da sie nicht wüßten, ob Allerhöchst-dieselben auch die nöthigen Garantien für die eigene Freiheit in Wien fänden.

Die Deputation vom Kriegs-Ministerium berichtet, daß die Garnison nicht 7000 Mann betrage, daß seit dem 26. Mai 4 Bataillone abgezogen seien, daß kein Militär ohne Requisition der Nationalgarde ausrücken werde, daß am 26. Mai das Militär bloß auf Requisition des damaligen Sicherheitsausschusses und wie dem Commandanten gesagt wurde, zur Unterstützung der Nationalgarde ausgerückt sei. In der Umgebung von Lundenburg finde keine Militärconcentration statt.

Die Commission, welche in Sachen der 2 Irren, Dr. Lebermaier und Kurpural, Trompeter, entsendet worden, erklärt, daß beide zwar von Irren sind, aber ganz harmlos seien, man könne sie frei lassen, wogegen mehrere Doktors der Medicin erklären, daß ein solches Urtheil nicht in 2 Stunden geschöpft werden könne und man sie zur Beobachtung ins Civilspital bringen möge. Dem Einwurf, als ob dadurch dem Militärspital ein Mißtrauensvotum gegeben werde, wird dadurch begegnet, daß zum Professor, um sich zu überzeugen, ein Militärofficier und ein Ausschussmitglied abgeschickt werden soll.

Eine kleine Debatte entsteht über den Umstand, wer die Adresse an Se. Majestät unterfertigen solle. Die Einen glaubten, daß dem Usus gemäß nur die Deputation dieselbe unterschreiben möge, die Andern hingegen wollten, daß der Präsident und ein Sekretär des Ausschusses unterschreibe, weil die Deputirten gehalten seien, nur das zu sagen, was in der Adresse stehe, und die Adresse vom Ausschusse ausgehe. Letztere Meinung wird angenommen und beschlossen, die Adresse durch 2 Mitglieder, welche die Deputation verstärken sollen, zu überreichen. Vom Finanzminister wird die Nachricht mitgetheilt, daß die Geldausfuhr bis Ende Juni verboten, aber die Ausnahmen größer als das Verbot und daher letzteres ganz unnütz sei.

Ein Garteninhaber auf der Wieden wünscht seine besonders schöne Rosenflur für Geld sehen zu lassen, und den Ertrag zur Unterstützung der Arbeiter zu verwenden. Er erbittet sich hierzu die Erlaubniß des Ausschusses und zur Kontrolle einen uniformirten Bürger, einen Studenten und einen Nationalgardien. Wird dankend entgegengenommen. Einige Mitglieder schlagen vor, aus Anlaß des stattgehabten Sieges dem Militär eine Serenade zu bringen, um auf diese Weise eine Verbrüderung herbeizuführen, aber die Versammlung überzeugt sich bald von der Unthunlichkeit dieses Schrittes, und die Sitzung wird aufgehoben.

Abend-Sitzung vom 4. Juni 7 Uhr. Ein Erlass des Kriegsministeriums besagt, daß die Garnison kaum zum nöthigen Dienste hinreiche, und daß auf dem Tulnerboden und Marchfelde gar kein Militär concentrirt sei. Eben so sei die Haltung des Militärs keine feindselige, das Ausgehen der Soldaten sei keiner Beschränkung unterworfen, und der Eintritt der Fremden unter den gewöhnlichen Beschränkungen erlaubt. Unwahr sei es, daß die Soldaten in den Kasernen konfignirt werden. Dr. Lerch fordert auf, das Gerücht nieder zu schlagen, daß in Nikolsburg und Lundenburg so große Militärkörper versammelt seien, daß die Soldaten auf den Gassen zu liegen gezwungen wären. Der Präsident berichtet, daß bereits ein Militärofficier und ein Mitglied der akademischen Legion nach Lundenburg abgereist seien, wo nach der Anzeige des Kriegs-

ministers nicht mehr als die gewöhnliche Kavallerie-Abtheilung von einigen 100 Mann stationirt ist. Ferner bittet das Kriegsministerium diejenigen, welche die Verläumdung bezüglich der beiden in der Vormittags-Sitzung erwähnten Irrsinnigen erhoben, zur Verantwortung zu ziehen.

Vom konstitutionellen Verein in Böhmen wird ein Protest gegen die provisorische Regierung mitgetheilt, welche zu veröffentlichen ersucht wird, da in Prag die deutsche Presse unterdrückt werde, und selbst die deutschen Blätter in den Händen der Czechen seien. Dr. Violand will, daß vom Ausschusse aus nach Frankfurt gesendet werde, um gegen die provisorische Regierung einzuschreiten, und nöthigenfalls die Czechen mit Waffengewalt zu zwingen. Der Ausschuss erklärt sich als hierzu nicht berechtigt. Das Oberkommando der Nationalgarde erklärt, daß die Munition fürs Kleingewehr bereits abgefaßt sei, für das grobe Geschütz aber noch um Patronen morgen nachgeschickt werden solle, daß aber auch für diese bereits ein kleiner Vorrath von Patronen vorhanden sei. 4 Kanonen sind bereits vor der Hauptwache aufgeföhren, der Rest im Hofe des Zeughauses in der Verfassung aufgestellt, daß sie sogleich verwendet werden können. Zu ihrer Bedienung sei die bürgerliche Artillerie commandirt. Auch könne sich ein Artillerie-Korps von Nationalgardien und Technikern bilden.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten erklärt, daß bereits 14,184 Arbeiter bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind. Eckardt fordert den Ausschuss auf, sich an die Nationalversammlung in Frankfurt zu wenden, damit dieselbe die Czechen auffordere, ihrem früher ausgesprochenen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Nationalitäten getreu zu bleiben, und die Deutschen nicht zu unterdrücken, widrigenfalls sie durch Waffengewalt gezwungen würden. Er glaubt, der Ausschuss sei hiezu als zur Wahrung der Volksrechte befugt, wogegen aber eingewendet wird, daß dieses als Mißtrauen gegen unsere Deputirten in Frankfurt erschiene. (?) Umlauf betrachtet dieses als höchst wichtig, da die Czechen um ein eigenes Ministerium gebeten. Man solle sich von ihnen nicht überraschen lassen. Der Präsident erklärt den Schritt für nutzlos, da die Deputirten des Fünfziger-Ausschusses in Prag mißhandelt worden seien. Die Nationalversammlung dürfe keine Befehle ertheilen, die sie nicht vollziehen könnte. Unser gegenwärtiges Vorhaben wäre daher nur geeignet, die Versammlung in Frankfurt zu compromittiren.

Eckardt fragt: Wie denn der Ausschuss die Ruhe wahren wolle, wenn von Innsbruck aus ein neues Ministerium ernannt würde. Der Präsident bemerkt hierauf, man habe eine Deputation geschickt, gelänge es ihr, den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen, so wäre die provisorische Regierung ohnehin gestürzt. Ein Ministerium aus Innsbruck würden wir nicht annehmen. Die Pflicht des Ausschusses sei, Ruhe zu erhalten, nicht durch Fragen über allenfalls mögliche Dinge, aufzuregen. Der Antrag Eckardts wird nicht angenommen. Die Expedition der Nordbahn gibt die Aufklärung, daß die Truppenanhäufungen in Lundenburg durch die Verhinderung des Transportes mehrerer zusammengekommener Truppenkörper veranlaßt worden seien, daß dieses bereits gehoben, und nur einige 100 Mann Kavallerie daselbst sich noch befinden.

Die Deputation, welche zu Sammlungen für die Arbeiter nach Baden gereist war, wird beschuldigt, sich ungebührlich benommen zu haben, was aber von ihr in Abrede gestellt wird. Sie beweist das Gegentheil dadurch, daß man ihr eine Serenade

gebracht habe. Ein Ausschussmitglied erklärt diese Beschuldigung als einen Coup der Reactionären, die zu den Badnern gesagt, sie müßten von dort sich entfernen, da sie die Wiener auch dort mit ihren Deputationen belästigen kämen, die Arbeiter würden bald nachfolgen. Die Deputation fordert eine Kommission zur Untersuchung dieses Gegenstandes, welches auch zugestanden wird.

Die Gemeinde von Eberweiss schickt eine Dankadresse, in welcher sie der hohen regierenden Nationalgarde (allgemeine Heiterkeit) dankt, und der hohen regierenden Nationalgarde (schallendes Gelächter) versichert, sie werde Alles, was sie an Früchten überflüssig hat, billig nach Wien liefern. Für die Studirenden aber würden sie breien, denn sie hätten sich dessen verdient gemacht\*). Es laufen Gerüchte ein, daß die Arbeiter eine Sturmpetition zu Gunsten Polens und Italiens machen wollen (allgemeines Gelächter). Der Präsident bemerkt, man scheine systematische Gerüchte auszustreuen, und es wäre nothwendig, einen Plan zu entwerfen, wie man diesen Gerüchten auf die Spur kommen könne. — Ein Mitglied der akademischen Legion theilt mit, daß so wie Leute Stürmer aufsetzen und als Studenten gekleidet, ihr Umwesen treiben, so geben sich auch manche für Arbeiter aus, die es nicht seien und begehen Excesse. Es wird der Vorschlag gemacht und auch angenommen, Morgen auf die Arbeitsplätze Mitglieder der akademischen Legion zu schicken, um nöthigenfalls beruhigend zu wirken. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, den Thürmern aufzutragen, die Glocken bewachen zu lassen, damit nicht etwa Sturm geläutet werde. Ein Mitglied schlägt vor, die Glockenstränge abzunehmen (schallendes Gelächter). Die Versammlung geht zur Tagesordnung über.

Ein Vorschlag, jede hier garnisonirende Truppengattung aufzufordern, zwei Deputirte in den Ausschuss zu schicken, wurde aus Rücksicht, daß das Militär nicht selbstständig handeln könne, dahin modificirt, an das General-Kommando die Einladung ergehen zu lassen, ob es nicht wünschenswerth sei, daß einige Officiere als Gäste den Ausschusssitzungen beizuwohnen möchten, um den Geist der Versammlung kennen zu lernen. Das Herrschaftsamt Klosterneuburg klagt wegen Holzdiebstahl in der Brigittenau; es soll ein Theil des gestohlenen Holzes sogar bei dem dortigen Polizeikommissär verborgen sein. Der Präsident bemerkt dabei, daß die Polizei-Direktionen sich es jetzt gar zu bequem zu machen scheinen, denn mit ihrem Commissär hätten sie wohl leicht fertig werden können. Da die Grundherrschaft von Klosterneuburg sich stets gegen jeden Eingriff von Seite Wiens in ihre Ausgewalt gewehrt hatte, wurde beschloffen, diese Sache der Landesregierung zuzuweisen.

Auf die Anfrage, ob der Ausschuss wegen des Gerüchtes von der Abdankung Sr. Majestät nähere Kunde habe, sagte Dr. Schiel, er sei beim Minister Wilerdorf gewesen, habe aber Niemanden dort gefunden, und erfahren, daß der Herr Minister seit dem 13. März sich heute zum ersten Male aufs Land begeben habe, was sicher, wenn ein solches Gerücht begründet wäre, nicht hätte statt finden können. Noch wird der Bericht ertheilt, daß die Deputation der Schriftsteller vom Erzherzoge Johann sehr freundlich empfangen worden sei. Sie wird morgen zurückkehren und dem Ausschuss das Nähere berichten.

Aus Prag erhält man die Nachricht, daß die provisorische Regierung nur bis zum Reichstage bestehen wolle. Die 30,000 fl. welche man dem angeblichen Pfarrer zu Mistelbach abgenommen haben sollte, reduciren sich auf 34 fl. Er ist nicht Pfarrer, sondern Landwirth. Schon will die Versammlung auseinander-

\*) Wir werden das Originalschreiben im nächsten Blatte bringen.

ander gehen, und es haben sich auch schon viele Mitglieder entfernt, als eine Deputation kommt, welche ankündigt, es heiße Professor Hye wolle abreisen. Da Hye sein Ehrenwort, sich nicht zu entfernen, gegeben, auch der einzige Ungeflachte war, der sich gestellt, wird beschlossen, nichts zu unternehmen, und die Sitzung wird aufgehoben.

Vormittagsitzung, den 5. Juni. Ein Bericht der permanenten Kommission geht dahin, daß ein Zug Nachts auf die Universität wolle, um daselbst zu melden, es sammle sich Militär im Lerchenfeld, wovon jeder Mann 60 Patronen habe, und wolle eine Demonstration gegen die Stadt machen. Der Adjutant der Nationalgarde im Zeughaufe hielt die Leute davon ab. Sie gaben als Urheber dieses Gerüchtes einen mit einer Einreihungskarte in die Nationalgarde versehenen Mann, Namens Leopold Frankel, an, der verhaftet wurde. Später, während der Sitzung, erschien wirklich der Adjutant mit dem besagten Frankel und berichtete, daß dieser Zug die Hauptwache zu umgehen gesucht, und brachte Zeugen, welche jenen Frankel als alleinigen Verbreiter des Gerüchtes nennen, der aber seine Aussagen auf der Hauptwache zurückgenommen. Dieser will jene Aussagen in der Nähe der Universität später in einem Keller gehört haben.

Ein Ausschußmitglied erzählt, daß der die Kunde machende Korporal in der Nacht vom 2. auf den 3. bei der von der akademischen Legion besetzten Wache beim Münzhaufe vorüberkommend von derselben als Reiter begrüßt worden sei, denn zwei Personen mit Köppen der Nationalgarde seien vorübergestürzt und hätten versichert, alle Vorstädte und die Stadt seien mit Militär besetzt, und die Ausgänge mit Kanonen gesperrt. Worauf er sie beruhigt, und die Gerüchte als falsch erklärt. Ein Deputirter des Mediziner-Corps erklärt, er habe diesen Mann am 27. im Kaffehhaufe am Rienmarke gesehen, dort habe er Plakate und Schriften aus Breslau, woher er gekommen, mitgebracht, es möchte also mit der Einreihungskarte in die Nationalgarde nicht mit rechten Dingen zugehen. Einige Mitglieder muthmaßten, daß sie aus jener Zeit herrühre, wo im ersten Drange jeder, der sich meldete, eine Karte erhielt. Es wurde beschlossen die Untersuchung einer Kommission zu übertragen. Die Kommission, welche das Ministerialreskript bezüglich der noch über Hausfuchungen bestehenden Gesetze begutachtete, erkannte dieses als zur Kundmachung nicht geeignet; denn es sei zwecklos, weil die frühern Gesetze noch bestehen und nutzlos, weil es die Gemüther aufregen werde. Wieder kam man darauf zurück, wie der Verbreitung der ewigen Schreckensgerüchte entgegen zu wirken sei. Man schlägt vor, daß die Arbeiter selbst Leben, der Gerüchte verbreitet festhalten mögen. Ein Mitglied lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Clubb bei Engländer, wo täglich mehrere 100 Menschen hinkommen, und jedes Gerücht eilige Aufnahme finde. Ein Dr. Chassé finde dort seinen Tumelplatz, die Leute seien leichtgläubig. Der Clubb sei ein wahrer Antagonist des Ausschusses, der alle seine Schritte verdächtige; man äußere dort offen, man müsse den Ausschuß sprengen. Der Präsident sagte daß die Deffentlichkeit, welche der Ausschuß seinen Verhandlungen zu geben beschloffen, die Verweigerung keines billigen Wunsches, keiner billigen Bitte, Vertrauen erregen müßte. Wissen die Kompagnien, wie hier vorgegangen würde, so werden sie auch den Ausschuß unterstützen, der einzige Weg gegen falsche Ansichten sei Belehrung. Ein Ausschußmitglied äußerte, daß der Ausschuß auch vertrauen genieße, aber man müsse den Leuten täglich die

Gerüchte widerlegen, und schlägt daher vor, jeden Tag durch Plakate bekannt zu machen, was an den Gerüchten sei. Müllerer schlägt vor, jene, welche Gerüchte verbreiten, vor dem Publikum zu prostituiren; dem Vereine bei Engländer möge man dadurch entgegen treten, daß Einige hingehen und der dort herrschenden Meinung widersprechen. Gard sagt, jener Clubb kontrollire den Ausschuß und er brauche keine Controлле zu scheuen. Ein Ausschußmitglied erzählt, die Arbeiter einer Partie hätten einen alten Mann erwählt, komme nun Jemand, um etwas zu sagen, so führen sie ihn zu dem alten Manne, der ihn um seine Karte frage und ihn sogleich zurückweise, wenn er sie nicht aufweisen könne. Der Antrag, täglich 2 Mal von der Echtheit der circulirenden Gerüchte durch Plakate Kenntniß zu geben, wird zum Beschluß erhoben.

Ein zweiter Antrag, daß die Polizei bei Verhaftung politischer Umtriebe sich schuldig machender Personen dem Ausschuß sogleich berichten und von 3 zu 3 Tagen bekannt machen möge, wie weit diese Verhandlungen gediehen seien, wird dadurch motivirt, daß die Verbreitung der Gerüchte um so mehr Platz greife, weil das Publikum nicht weiß, was mit den wegen politischer Umtriebe Festgenommenen geschehe; so sei es mit dem jüngst Verhafteten, angeblich Geistlichen, geschehen. Es ist die Stimme im Volke, daß man solche Leute laufen läßt. Die Debatte führt auf ein allgemeineres Feld hinüber, nämlich auf das der volksthümlichen Reorganisation der Polizei und der dabei einzuführenden Deffentlichkeit. Indem Einige bloß eine größere Anzahl von Vertrauensmännern bei den polizeilichen Verhandlungen zugezogen haben wollen, geben sich Andere damit nicht zufrieden, sondern behaupten, daß hiedurch das Vertrauen keineswegs hergestellt werde, da bis jetzt auch Geschworne zugezogen worden seien, die aber geschlafen hätten. Sie wollen daher vollständige Deffentlichkeit, wogegen respicirt wird, daß das Lokale der Polizei-Direktion hierzu nicht ausreicht. Dr. Schie l will sie nicht zugestehen, weil sie ohne Beispiel sei.

In keinem Lande nämlich, wo Deffentlichkeit Statt findet, sind die Voruntersuchungen öffentlich, wogegen ein Ausschußmitglied einwendet, daß auch das Verfahren der weiland Polizei in Oesterreich und das Mißtrauen gegen sie ohne Beispiel sei. Der gemachte Antrag wird auch darum als unzulässig befunden, weil die Polizei Niemanden länger als 24 Stunden unter Gewehrhaft halten dürfe. Es wird daher der Antrag modificirt, daß die Polizei das Publikum schnell von der Inhaftirung und dem Resultate oberwähnter Inculpaten benachrichtigen möge. Auch dieser Vorschlag findet keine Beistimmung. Der Präsident stellt den Antrag, daß die Polizei außer der vorgeschlagenen Deffentlichkeit bei politischen Untersuchungen das Volk durch die Zeitungen über den Gang der Untersuchung und das Endurtheil benachrichtigen möge. Noch Andere wollen, daß die Polizei unter Kontrolle des Ausschusses stehe, was aber bei dem bloß zeitweiligen Bestehen des Ausschusses als unthunlich erkannt wird. Im ganzen zeigt die Debatte, daß der Begriff und das Wesen der polizeilichen Untersuchung nur sehr Wenigen klar sei, daher endlich der Beschluß dahin geht, bei den zwei vorliegenden concreten Fällen, die Polizei zu beauftragen, sie möge kund geben, was mit den Inhaftirten geschehen sei, und bis in wenigen Tagen, wo die Deffentlichkeit eingeführt sein wird, von Fall zu Fall so handeln. Den Gemeinde-Ausschuß aber soll man auffordern, die zugestandene Deffentlichkeit der Polizeiverhandlungen auch auf die Presse zu beziehen.

Eine Deputation des Bauernstandes der Provinz Ober-

Österreich wird eingeführt und jubelnd empfangen. Der Sprecher derselben sagt: Man glaubt, daß die Bewohner von Oesterreich nicht billigen, was die Wiener für sie gethan, um dieses zu widerlegen habe ich sogleich dagegen protestirt, und alle Kreise Oberösterreich's haben diesen Protest durch ihre Unterschrift adoptirt. (Stürmischer Beifall.) Hierauf verliest derselbe eine kurze Adresse, und schließt mit den Worten: Wir sind aus der freien Wahl des Volkes hervorgegangen, Sie haben nun die Stimme des Volkes gehört. Der Präsident: In diesem Musikvereinssaale sind herrliche Melodien gehört worden, aber keine so herrlich als die Melodie des Wortes, des freien brüderlichen Wortes; es ist ein hohes Glück, Brüder begrüßen, das höchste Glück ist verlorne Brüder wieder begrüßen. Herzen besitzen ist köstlich, köstlicher noch verloren geglaubte Herzen wieder erlangen. Verfälschte Berichte mögen das Volk einen Augenblick verführt haben, aber das Herz mußte ihm sagen, daß sie falsch seien; der Oesterreicher weiß, daß ein Oesterreicher nicht fähig ist, in die Wohnung seines Kaisers zu dringen, und dort Gewalt zu gebrauchen, wir heißen Nationalgarde, wir sind die Garde der Nation, und so lange kein Reichstag ist, die Garde der Freiheit, so oft die Reaktion sich erhebt, wird auch die Garde sich erheben; die Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht. (Rauschender Beifall.)

Der Sprecher der Deputation: Meine Herren, glauben Sie nicht, daß wir einen Augenblick an Ihnen gezweifelt. Sie können sich überzeugen, daß sich diese Gefühle im Innkreise bereits am 20. Mai ausgesprochen. Die Berichte über die Stimmung in unserer Provinz sind von der Schreibstübchenherrschaft ausgegangen, die Gefühle des Oesterreichers sind nicht zu ihr gelangt. Hierauf wird eine kleine, einfache herzliche Adresse der Bewohner des Innkreises verlesen und die Deputation, unter lauten Freundschaftsbezeugungen entlassen.

Eine Arbeiter-Deputation aus dem Prater kommt, und meldet, daß sie bereit sei, dem Holzdiebstahl selbst zu steuern; so habe sie Samstag eine Partie gestohlenen Holzes weggenommen und im Zeughaßl deponirt. Es seien nicht bloß Arbeiter, sondern sogar ein Fleischhauer aus der Leopoldstadt zu diesem Zwecke in einem Wagen gefahren angekommen. Sie beschuldigen besonders die Holzträger des Diebstahles. Der Präsident schlägt vor die Namen dieser Männer anzumerken und ihnen öffentlich zu danken. Auch wird berichtet, daß der Vorschlag zur Errichtung von Ehrengerichten unter den Arbeitern sich einer besonders guten Aufnahme erfreue.

Großenzersdorf sendet Geld und Victualien zur Unterstützung der Arbeiter.

Der Heiligenkreuzer Prälat sendet 200 fl. C. M.

Eine Deputation der Finanzwache erscheint und meldet, daß ihr Bezirksinspektor sie aufgefordert hätte, sich dem Militär anzuschließen und gegen die Bürger, Nationalgarde und akademische Legion einzuschreiten. In diesem Falle hätten sie am 27. Mai einen ähnlichen Auszug halten müssen, wie am 13. März, wo ein strenges Gesetz, das sie nicht gemacht, ihnen Unheil brachte. Sie legen also ihr politisches Glaubensbekenntniß ab. Die Finanzwache, sagen sie, fühlt zu gut den Werth der März- und Maitage, liebt zu sehr ihr Vaterland, als daß sie einem solchen Befehle Folge geleistet hätte, sie hat nicht den Beruf, das Blut der Freiheitskämpfer zu vergießen, ihre Bestimmung ist nicht, Senkers-

knechte der Freiheit zu sein, sondern sie hat eine schönere, das Staats- und Stadteinkommen zu wahren, und hoffen, daß die strengen Gesetze, deren willenlose Diener sie sind, bald im Geiste der Humanität werden umgeändert werden; sie ist militärisch bewaffnet und organisiert, und wird es sich zur Ehre rechnen, dem Militär gegen den äußern Feind sich anzureihen; in jedem andern Falle will sie, wenn Waffen gebraucht werden müssen, sich der Nationalgarde als letzte Abtheilung anschließen, als erste der Gesehrte entgegenzutreten, und fordert zu einem Gleichen ihre Brüder in Linz, Brünn und Graz auf. Zugleich bitten sie die Fehler Einzelner ihrer niedern Bildungsstufe zuzuschreiben, und versichern, daß sie nie in ihrem Eifer für das Wohl des Staates erkalten werden.

Der Präsident ermahnt sie mit Eifer fortzufahren, aber jede Rohheit zu vermeiden. Die Deputation entfernt sich hierauf unter rauschenden Beifallsbezeugungen. Dr. Zanpieri theilt mit, daß er unter der permanenten Ausschuss-Kommission gewesen, welcher eine Ordonanz des Wachkommandanten auf der Wieden zugekommen sei, daß Professor Hye mit einem Lohnkutscher, dessen Namen und Nummer angegeben wurde, abreisen wolle, deshalb habe auch der Wachkommandant zu allen Linien geschickt, um den Wagen aufzuhalten; er (der Sprecher) habe sich hierauf zum Hause des Professor Hye versüßt, doch mit der Absicht, sich nicht zu ihm selbst zu begeben, dort habe er angeläutet und den Hausmeister gefragt, ob der Professor Hye hier sei; welches dieser bejaht, auf die Frage: ob er auch zu Hause sei, habe der Hausmeister geantwortet, er wisse dieses nicht, da er ihn seit 9 Uhr nicht gesehen; damals habe der Professor ihm eine Rechnung für Gartenarbeiten ausgezahlt. Auf die Frage, ob er monatlich oder wöchentlich bezahlt werde, erklärte der Hausmeister, er werde monatlich bezahlt und die Zahlungszeit sei noch nicht eingetreten. Auch habe Prof. Hye den Voratz abzureisen ausgesprochen. Hierauf wurde eine Ordonanz beordert, welche in der Gegend des Hauses Wache halten und keinen Wagen herausfahren lassen sollte.

Um 5 Uhr ging der Redner abermals hin. Professor Hye war bereits aus dem Bette, daher er sich zu demselben versüßte und ihn befragte, ob er denn wirklich den Voratz abzureisen, ausgesprochen habe. Dieser bejahte es, und sprach ihn wiederholt aus, doch werde er nicht vor Ende seines Processes fortgehen, denn es sei sein eigener Vortheil, daß die Gerüchte über ihn niedergeschlagen würden. Doch bittet er um Beschleunigung seines Processes. Der Präsident erklärt, daß Dr. Zanpieri gegen den gestern Abends gefaßten Majoritätsbeschluß verstoßen habe.

Der Präsident macht ferner die Versammlung aufmerksam, daß man daran gehen müsse, das Loos der Arbeiter zu erleichtern, und erwähnt mehrere dahin zielende Vorschläge, als da sind: Errichtung von Kinderbewahranstalten, wodurch es den Müttern möglich wäre, sich vom Hause zu entfernen, um zu arbeiten. Menagier-Anstalten, wo die Arbeiter um einen billigen Preis eine nahrhafte Kost erhielten; Waschanstalten, da durch mehr Reinlichkeit auch ein gewisses erhöhtes moralisches Gefühl einträte. Der Präsident habe zu diesem Zwecke einen Vorschlag des Dr. Pisl in g in Händen, der über diesen Gegenstand in verschiedenen Ländern Beobachtungen angestellt und Belehrungen geschöpft habe. (Fortsetzung folgt.)